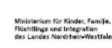


Dokumentation zu dem ersten Trialog im Rahmen des Modellprojekts „fYOUture - Wenn Demokratie leben lernt“

20. März 2018



Foto: Victoria Depping



Jugendförderung der Stadt Solingen, Modellprojekt „fYOUture – Wenn Demokratie leben lernt“

Isolde Aigner unter Mitarbeit von Rafat Sukkar und Victoria Depping

Zweibrücker Straße 7

42697 Solingen

Tel.: 0212 290 3908

Email: i.aigner@solingen.de

1 Das Modellprojekt „fYOUture – Wenn Demokratie leben lernt“

Solingen soll im Rahmen des Modellprojekts „fYOUture – Wenn Demokratie leben lernt“ als erste Kommune in NRW (bis 2020) ein kommunales Handlungskonzept für eine vielfältige Jugendpartizipation sukzessiv entwickeln und schließlich verankern.

An diesem Prozess werden Jugendliche, Verwaltung und Kommunalpolitik in Form von so genannten Trialogen beteiligt. Dabei handelt es sich um eine Workshopreihe, bei der jugendpolitisch engagierte Jugendliche, Verwaltungsmitarbeiter/innen und Kommunalpolitiker/innen der im Rat vertretenden Fraktionen (sowie Vertreter derer Jugendorganisationen) zusammenkommen, um gemeinsam Eckpunkte eines kommunalen Handlungskonzepts zu entwickeln. Dieses Handlungskonzept soll sich zum einen durch die Förderung einer vielfältigen Jugendpartizipation, zum anderen durch die selbstverständliche Berücksichtigung und Anerkennung von Jugendlichen, ihren Perspektiven und Anliegen innerhalb Kommunalpolitik, Verwaltung und Jugendarbeit, auszeichnen. Schwerpunkte eines entsprechenden Handlungskonzeptes können z.B. Maßnahmen zur Verbesserung der Anerkennungskultur gegenüber Jugendlichen oder Möglichkeiten der verbindlichen Beteiligung Jugendlicher in der Kommune sein. Entstehen soll ein „Grundgesetz“ für kommunale Jugendbeteiligung.

2 Informationen zum ersten Trialog

Am 20. März 2018 fand im Monkeys Proberaumhaus der erste jugendpolitische Trialog statt. Der erste Trialog sollte zum einen eine Bestandsaufnahme hinsichtlich der kommunalen Jugendbeteiligung ermöglichen. Darüber hinaus hatten Jugendliche, Kommunalpolitiker/innen und Mitarbeiter/innen der Verwaltung die Möglichkeit sich über die Bedeutung von Jugendpartizipation und Jugendgerechtigkeit zu verständigen, sich gemeinsam über Hürden, aber auch Potentiale auszutauschen und abschließend eine erste gemeinsame Zielvereinbarung („Wo möchten wir bis zum nächsten Trialog stehen?“) zu entwickeln.

Die Gesamtmoderation der Veranstaltung übernahm Anne Brülls vom Landschaftsverband Rheinland (Fachberatung Jugendförderung). Die Stabstelle Bürgerbeteiligung übernahm die Moderation eines Workshops mit Verwaltungsmitarbeiter/innen. An dem Workshop wirkten ca. 40 Teilnehmende mit.

Der erste Trialog beinhaltete sowohl Möglichkeiten des informellen Austausches zwischen Jugendlichen, Politik und Verwaltung als auch verschiedene Arbeitsphasen zur Auseinandersetzung mit konkreten Bedarfen hinsichtlich kommunaler Jugendbeteiligung. Er wurde eingeleitet mit einem Grußwort der Beigeordneten für Jugend, Schule, Integration, Kultur und Sport Dagmar Becker sowie des ehemaligen Vorsitzenden des Jugendstadtrates Niklas Nink. Eine kurze Einführung und eine Vorstellungs- und Warm-Up- Runde sollte Jugendliche, Politik und Verwaltung auf die gemeinsame Zusammenarbeit im Trialog vorbereiten und erste Berührungspunkte zwischen den Akteuren abbauen.

3 Die erste Arbeitsphase des Trialogs

Die Teilnehmer/innen des Trialogs kamen anschließend in jeweiligen Gruppen (Kommunalpolitik, Verwaltung und Jugend) zusammen, um zwei konkrete Fragen zu diskutieren:

1. *Wie schätzt Ihr die Möglichkeiten zur Beteiligung junger Menschen in Solingen ein? (Was läuft gut, was nicht?)*
2. *Wie möchtet Ihr Euch bis zum nächsten Trialog (9. Oktober) einbringen, im Sinne einer Verbesserung der Beteiligung junger Menschen?*

Diese Fragen wurden in den jeweiligen Untergruppen diskutiert.

Hier wurde deutlich, dass Jugendliche, Mitglieder aus Politik und Verwaltung ähnliche Sichtweisen und Themenschwerpunkte in Bezug auf Jugendbeteiligung und die Möglichkeiten dieser in Solingen haben.

Themenschwerpunkte der Untergruppe Jugend

Transparenz

„Was passiert mit unseren Wünschen/Vorschlägen/Anliegen?“

Wirksamkeit

- Wunsch nach konkreter Umsetzung jeweiliger Anliegen.
- Wunsch nach einem Rederecht Jugendlicher in Ausschüssen.

Kommunikation und Erreichbarkeit

- Wunsch nach offener Kommunikation gegenüber Jugendlichen.
- Wunsch nach Abbau institutioneller Diskriminierung (z.B. in Ämtern).
- Forderung nach besserer Vernetzung zwischen Jugendlichen, Verwaltung und Politik.
- Idee hierzu: freundliche Zentrale mit „Info Point“.
- Idee: Veranstaltungskatalog mit gebündelten Informationen über jugendpolitische Maßnahmen.
- Kritik an der Internetseite www.solingen.de; wünschenswert wäre eine jugendgerechtere Überarbeitung.

Themenschwerpunkte der Untergruppe Politik

Vernetzung

- zentrale Frage: wie kann sich Politik besser mit Jugendlichen vernetzen?
- Frage nach einem zentralen Ansprechpartner in den einzelnen Fraktionen für die Jugendlichen.

Anerkennung, Wirksamkeit und Mitspracherecht

- Auseinandersetzung mit fehlender Anerkennung gegenüber Jugendlichen und ihrer Arbeit sowie ihren Ideen, die zu fehlender Begeisterung und abnehmender Partizipation führt, welches wiederum zu fehlenden Erfolgserlebnissen führt.
- Bessere Möglichkeiten der Beteiligung in Gremien.

Öffentlichkeitsarbeit

- Frage danach, wie Kommunalpolitik die Jugendlichen besser erreichen und begeistern kann?
- Idee: Schaffung neuer Möglichkeiten zur Förderung und Schaffung von Partizipation.

Themenschwerpunkte der Untergruppe Verwaltung

Zugangs-/Vernetzungsschwierigkeiten

„Wie kann auf Jugendliche zugegangen werden?“

Schwerpunkte: politische Gremien; schulischer Raum.

Aufsuchende Beteiligung:

Idee: Aufsuchen von Jugendliche an Orten, an denen diese sich häufig aufhalten.

Kommunikation über neue Medien:

Einsatz von Internet, Apps, etc.

Positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Jugendlichen

Berichte von sehr positiven Erfahrungen mit Jugendbeteiligung. Mehrfache Betonung, dass Jugendbeteiligung gewünscht und geschätzt wird.

Verabredungen

Überlegungen zur verbindlichen Regelung der Beteiligung Jugendlicher in Bereichen, die zunächst nicht als jugendrelevant erscheinen (z.B. städtische Betriebe; Verkehr, Quartiersentwicklung), um jugendliche Perspektiven gesamtstädtisch einzubinden.

4 Ergebnispräsentation im Plenum

Nach der Präsentation der o.g. Ergebnisse der drei Untergruppen im Plenum, kristallisierten sich folgende Themenschwerpunkte heraus, über die in einer zweiten Arbeitsphase (mit gemischten Untergruppen) gesprochen werden sollte - mit dem Ziel der Entwicklung konkreter Zielvereinbarungen:

1. Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit (über neue Medien) und Transparenz
2. Beteiligung, Anerkennung und Wirksamkeit
3. Verbesserung der Kommunikation (zwischen Jugend und Verwaltung sowie Politik)



5 Zweite Arbeitsphase mit anschließender Entwicklung von Zielvereinbarungen

In der zweiten Arbeitsphase wurden die drei o.g. Themenschwerpunkte diskutiert und anschließend folgende Zielvereinbarungen festgehalten und im Plenum präsentiert:

Zielvereinbarungen zum Themenschwerpunkt: Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit (über neue Medien) und Transparenz

- Einbindung des Jugendstadtrats in das Ratsinformationszentrum.
- Sichtbar platzierte Werbung für Veranstaltungen und Projekte auf der städtischen Website, die für Jugendliche interessant sein können und/oder von Jugendlichen stammen.
- Einpflegen von (mehr) jugendspezifischen Suchbegriffen auf der Website (oder eine App, die die jeweiligen Begriffe entsprechend bündelt).
- Benennen eines entsprechenden, zentralen Ansprechpartners (im Rathaus), der für Jugendliche digital und analog erreichbar ist.
- Gründung einer Projektgruppe, die sich mit den o.g. Thematiken beschäftigt (mit Jugendlichen und Mitarbeiter/innen der Verwaltung).

Verantwortliche bzw. Ansprechpartner/innen für die Umsetzung:

Stadtmarketing: Sonja Nordmann; Jugendförderung: Patricia Stute; Geschäftsstelle des Jugendstadtrates: Yvonne Enders

Zielvereinbarungen zum Themenschwerpunkt Beteiligung, Anerkennung und Wirksamkeit

- Einrichten eines „Runden Tisches“ mit Verwaltung, Gremiendienst, Jugendförderung, Politik, Ausschussmitgliedern und Jugendstadtrat.
- (verbesserte) Kommunikation zwischen Ausschüssen und Jugendstadtrat (über Geschäftsstelle).

Verantwortliche bzw. Ansprechpartner/innen für die Umsetzung:

Beigeordnete für Jugend, Schule, Integration und Sport: Dagmar Becker; Geschäftsstelle des Jugendstadtrates: Yvonne Enders; Jugendförderung Solingen: Patricia Stute sowie die jugendpolitischen Sprecher/innen der Fraktionen.

Zielvereinbarungen zum Themenschwerpunkt: Verbesserung der Kommunikation

- Verbesserte Anerkennung und Kommunikation zwischen Jugend, Verwaltung und Politik - mit Unterstützung einer zentralen Beratungs- und Anlaufstelle für Jugendliche (als Schnittstelle zwischen Jugend, Verwaltung, Politik). Solinger Jugendliche sollten (besser) darüber informiert werden, dass ihnen eine entsprechende Beratungs- und Anlaufstelle zur Verfügung steht.
- Austausch mit Schulleitungen (z.B. im Rahmen der Schulleiter-Dienstbesprechung) zu folgenden Themen:
 - a) Informationen an Schulen über jugendpolitische Angebote, Projekte, Veranstaltungen, Maßnahmen, Gruppen (z.B. Jugendstadtrat) sowie entsprechende Werbung (über das schwarze Brett hinaus)
 - b) Freistellung der Schüler/innen für jugendpolitische Veranstaltungen
 - c) Möglichkeiten zur lebensnäheren Gestaltung des Politikunterrichts mit lokalem Bezug – entsprechend der Forderung aus dem letzten Jugendforum nach einer lebensnahen Vermittlung von Politik im Unterricht ab der fünften Klasse (in Form von z.B. politischen Abläufen und Diskussionen).

Verantwortliche bzw. Ansprechpartner/innen für die Umsetzung:

Beigeordnete für Jugend, Schule, Integration, Kultur und Sport: Dagmar Becker;
Geschäftsstelle des Jugendstadtrates: Yvonne Enders; fYOUture: Isolde Aigner;
Jugendförderung Solingen: Patricia Stute sowie Bezirksschülervertretung.

6 Ausblick

Die Ansprechpartner/innen der jeweiligen Zielvereinbarungen (siehe Punkt 5) werden sich zusammensetzen und bis zum September - unter der Beteiligung von Jugendlichen – an den Zielvereinbarungen weiterarbeiten, diese konkretisieren und weiterentwickeln.

Mitte September werden die bisherigen Arbeitsergebnisse zu den Zielvereinbarungen zusammengetragen und an alle Teilnehmer/innen des ersten Dialogs geschickt.

Am 9. Oktober findet der zweite Dialog statt.

Hier haben Mitarbeiter/innen der Stadtdienste, Jugendliche, jugendpolitischer Sprecher/innen der Fraktionen sowie Vertreter/innen ihrer Jugendorganisationen die Möglichkeiten sich über die bisherigen Arbeitsergebnisse zu den Zielvereinbarungen auszutauschen. Außerdem werden erste Eckpunkte eines Handlungskonzepts zur kommunalen Jugendpartizipation entwickelt.

7 Anhang

Von den Fraktionen wirkten folgende Personen am ersten Dialog mit

Jonathan Bürger, Junge Union
Richard Collings, Junge Liberale
Achim Fritsche, SPD
Alexandra Mehdi, die Linke
Iris Michelmann, Die Grünen
Christian Netz, SPD
Gabi Racka-Watzlawek, CDU
Janina Rhode, Grüne Jugend
Adrian Scheffels, Die Linke
Daniel Schirm, Junge Liberale

Von der Verwaltung wirkten folgende Personen am ersten Dialog mit

Dagmar Becker, Beigeordnete für Jugend, Schule, Integration, Kultur und Sport
Hans-Peter Bernecker, Kommunales Jobcenter
Jürgen Bürger, SD Jugend
Luigina Di Bernardo, SD Jugend
Elisabeth Frieling, SD Stadtentwicklung
Manuela Hoor, SD Kultur
Martin Hückeler, Büro OB
Musa Kavalli, SD Integration
Ilona Komossa, SD Natur und Umwelt
Vanessa Michalke, Bibliothek
Sonja Nordmann, Stadtmarketing
Andreas Salzmann, Bezirksverwaltung
Horst Schulten, SD Sport
Monika Strauß, SD Sport
Patricia Stute, SD Jugend
Anke Svensson, SD Schule
Evelyn Wurm, Stabstelle Bürgerbeteiligung

Darüber hinaus wirkten u.a. Jugendliche mit vom **Jugendstadtrat**, von der **Bezirksschülervertretung**, von „Nicht in meinem Namen“ (Projekt der AWO Aqua Qualifizierung gegen antimuslimischen Rassismus) sowie Jugendliche, die schon an verschiedenen Projekten des Modellprojekts **fYOUture** teilnahmen.

Die Zielvereinbarungen:

